

PRESSEINFORMATION 59/2024

Entschlossenes und gemeinsames Vorgehen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft von entscheidender Bedeutung

BWIIHK betont die Dringlichkeit der Lage in der Baubranche

Stuttgart, 16. August 2024 – Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIIHK) setzt sich gemeinsam mit den zwölf IHKs im Land seit 2022 aktiv und engagiert im Strategiedialog des Landes für die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum ein. Angesichts der aktuellen, sich verschärfenden Krisensituation in der Baubranche sowie des akuten Mangels an Wohnraum appelliert die IHK-Organisation jetzt mit Nachdruck an die Landespolitik, die Fördermittel im Baubereich deutlich zu erhöhen.

„Die Baubranche ist nicht nur eine zentrale Säule unserer Wirtschaft, sie steht auch für viele zehntausend Arbeitsplätze und damit die Lebensgrundlage vieler Menschen in Baden-Württemberg. Ein massiver Stellenabbau in diesem Bereich wäre verheerend und hätte schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Folgen für unser Land“, erklärt BWIIHK-Präsident Christian O. Erbe.

Obwohl die Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau ein wichtiges Instrument zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum darstellen, waren diese für 2024 bereits in der ersten Jahreshälfte vollständig ausgeschöpft. „Die daraus resultierenden Engpässe bedrohen nun die Fortführung wichtiger Bauprojekte und den Start neuer Vorhaben. Um die drohenden Auftragsstaus und die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen zu verhindern, fordern die Industrie- und Handelskammern eine sofortige und substanzielle Aufstockung der Landes- und Bundesmittel“, so Thilo Rentschler, Hauptgeschäftsführer der IHK Ostwürttemberg, die im BWIIHK beim Thema Wohnen und Bauen federführend ist. Konkret schlagen die Kammern eine Verdoppelung der Fördermittel um rund 500 Millionen Euro vor, die als sogenannte „Wellenbrecherförderung“ im Doppelhaushalt 2025/2026 eingeplant werden soll.

Der BWIIHK betont, wie wichtig und notwendig diese finanziellen Mittel sind, um die Stabilität der Baubranche zu sichern, Arbeitsplätze zu erhalten und den Bau dringend benötigter Wohnungen voranzutreiben. „Es ist entscheidend, dass wir jetzt handeln,

um den drohenden Stillstand in der Baubranche abzuwenden und stattdessen damit die Weichen für eine stabile Zukunft stellen“, betont Erbe.

Gleichzeitig begrüßt der BWIHK die Schritte, die bereits seitens der Landespolitik unternommen wurden. Dazu gehören Reformen der Landesbauordnung, wie die Erleichterungen zur Nutzungsänderung im Bestand, wenn diese zu einer erheblichen Entlastung der Baubranche und der zuständigen Behörden führen. Auch die geplante Fachkräftekampagne für die Baurechtsbehörden wird als positiver Ansatz gewertet. Trotz all dieser wichtigen Maßnahmen, die bürokratischen Hürden senken, bleibt eine dringende Aufstockung der Fördermittel eine zentrale Forderung der Wirtschaft.

Mit diesem Appell will die IHK-Organisation im Land die Lage verdeutlichen und beitragen, dass die notwendigen Schritte in die Wege geleitet werden, um die Baubranche und den Wohnungsbau in Baden-Württemberg nachhaltig zu stärken. Dazu unterstreicht der BWIHK, dass nur ein entschlossenes und gemeinsames Vorgehen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die aktuellen Herausforderungen in der Baubranche bewältigen kann. „Wir müssen jetzt zusammenstehen, um die Krise zu überwinden und den Wohnungsbau wieder anzukurbeln. Das ist nicht nur eine Investition in die Zukunft unserer Wirtschaft, sondern auch in die Lebensqualität der Menschen in Baden-Württemberg. Es ist höchste Zeit, dass wir wieder bauen und den Menschen eine sichere Perspektive bieten“, führt Thilo Rentschler abschließend aus.

Diese und weitere Presseinformationen finden Sie [hier](#).

Ansprechpartner für Medienschaffende/Redaktionen:

BWIHK | Federführung Wohnungsbau & Immobilienwirtschaft
IHK Ostwürttemberg
Sascha Kurz
Tel.: 07321 324-129
kurz@ostwuerttemberg.ihk.de

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.